

Vorlage der Verwaltung	Fachbereich: Bildung und Soziales	Datum: 21.02.2017	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt 1.6	Bezeichnung der Vorlage: Unterbringung von Asylsuchenden hier: Bürgerantrag vom 01.11.2016		Datum: 23.02.2017
Vorlage-Nr: VO/3967/17			Bürgermeister: Gez. Stock
Zu beraten im:			
Ö/N	Datum	Gremium	
Ö	07.03.2017	Ausschuss für Bildung, Integration und Soziales (2017)	

Sachverhalt:

Mit Datum vom 01.11.2016 ist der beiliegende Antrag als Bürgeranregung nach § 24 der Gemeindeordnung NRW eingereicht worden.

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist seit 2014 in mehreren Vorlagen -auch im Zusammenhang mit der Einrichtung einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) auf dem Gelände der ehemaligen englischen Wohnsiedlung bei Petersholz- dargestellt worden.

An den grundsätzlichen Aussagen der Verwaltung hat sich nichts geändert. Die Gemeinschaftsunterkunft auf der Nordstraße ist derzeit mit 126 Personen im Hauptgebäude belegt. Über die bauliche Instandhaltung und die Betreuung durch Sozialarbeiter und Flüchtlingshelfer wurde ebenfalls ausgiebig berichtet.

Die Verwaltung weist die Behauptung, eine Unterbringung erfolge unter „mensenunwürdigen Bedingungen“ deutlich zurück. Die durch das Gesundheitsamt im Rahmen einer Begehung festgestellten Mängel beruhten zum größten Teil auf fehlerhaften Benutzerverhalten und sind alle abgestellt. Dies wird im Antrag auch so bestätigt. Ein weiterer Renovierungsschritt soll in den Küchen und den Wasch- und Duschräumen nach Freigabe des Haushaltes 2017 erfolgen. In diesen Räumen sollen die Bodenbeläge erneuert werden.

Wie bereits mit den Vorlagen der letzten Jahre dargestellt und vom Rat so beschlossen, soll die Nordstraße als unverzichtbarer Baustein der Flüchtlingsunterbringung weiter betrieben werden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bildung, Integration und Soziales beschließt, die Gemeinschaftsunterkunft Nordstraße nicht aufzugeben und der Bürgeranregung somit nicht zu folgen.

Kosten und Finanzierung:

Durch den Beschluss entstehen keine unmittelbaren Aufwendungen.

Alternativen:

Alternativen werden von der Verwaltung nicht vorgeschlagen.

Anlage/n:

Bürgerantrag „Unterbringung Asyl“

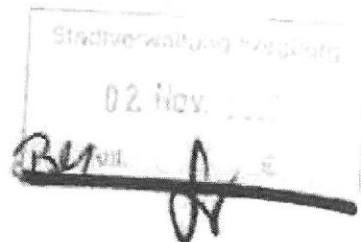
Unterschrift d. federführenden Fachbereichsleiters/Dezernenten
Gez. Pint FBL 202
Gez. Karneth Erste Beigeordnete

Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

An den
Bürgermeister der Stadt Wegberg
Rathausplatz

41844 Wegberg



1-11-2016

Betr.: Anregung gem. Art. 19 der Hauptsatzung der Stadt Wegberg und § 24 GO NRW

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wie Sie wissen sind Asylsuchende in Wegberg unter m.E. menschenunwürdigen Bedingungen in der Nordstrasse untergebracht. Auf Grund meiner Anfrage im Kreistag hat dann eine Überprüfung stattgefunden. Der Leiter des Gesundheitsamtes hat im Ausschuss für Gesundheit und Soziales bestätigt, dass die von mir vor allem mit Bildern belegten Zustände so vorgefunden wurden. Wie mir der Verein „Asyl in Wegberg e.V.“ auf Anfrage mitgeteilt hat, sind die beanstandeten Mängel weitgehend abgestellt. Allerdings sind die Lebensbedingungen dort immer noch schrecklich und menschenunwürdig.

Ich hatte in der Bürgeranhörung vor einiger Zeit in Arsbeck den Regierungsvertreter dahingehend befragt, was mit den Wohnungen in Petersholz geschehen solle, die nicht als Erstaufnahmeeinrichtung genutzt werden. Der Regierungsvertreter hat sich dahingehend geäußert, dass eine Vermietung an Dritte möglich sei, wenn dieses zu der Einrichtung passe.

Einhelliges Ziel der Flüchtlingspolitik ist die Integration der Menschen in unsere Gesellschaft. Dies erscheint mir weder in der Nordstrasse aber auch nicht in Petersholz möglich zu sein. Anders als in der Nordstrasse wäre allerdings in Petersholz eine menschenunwürdige Unterbringung möglich.

Ich bitte daher den Stadtrat zu prüfen, ob eine Umsiedlung der in der Nordstrasse lebenden Flüchtlinge nach Petersholz möglich und sinnvoll ist. Nach meinen Informationen würde einer derartigen Lösung das Land NRW nicht entgegenstehen.

Weiterhin bitte ich darum, dass der Stadtrat prüft, welche Möglichkeiten bestehen, die Flüchtlinge mit Bleiberecht in die Gesellschaft zu integrieren z.B. durch den kommunalen Neubau von entsprechenden Wohnungen im Zusammenhang mit der Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft.

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

[REDACTED]

Ich bitte höflichst um Mitteilung, wann der Stadtrat sich mit der Angelegenheit befasst. Sollten Sie
weitere Ausfertigungen dieser Anregungen benötigen bitte ich um entsprechende Mitteilung.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]